

sozialdemokratischer pressediens

P/XXVII/168

1. September 1972

"Olympisches Ringen" BRD-DDR

Bundesregierung kämpft um den Grundvertrag

Seite 1 / 32 Zeilen

Gastarbeiter-Sendungen nicht einschränken!

Auch ausländische Mitbürger haben Recht auf
Information

Seite 2 und 3 / 50 Zeilen

21 Camping-Tage in Polen

Beobachtungen und Gespräche zwischen Krakau
und Danzig

Von Wilhelm Dröschner MdL
SPD-Landesvorsitzender in Rheinland-Pfalz

Seite 4 und 5 / 81 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckart
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressnhaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 90 37 - 39
Telex: 888 848 / 888 847/
886 348 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

"Olympisches Ringen" BRD-DDR

Bundesregierung kämpft um den Grundvertrag

Als "wahrhaft olympisches Ringen" hat Kanzleramts-Staatssekretär Egon Bahr die schwergewichtigen Verhandlungen mit DDR-Staatssekretär Dr. Helmut Kohl über den Entwurf eines Grundvertrages zwischen den beiden deutschen Staaten bezeichnet. Diesem angesichts der Olympischen Spiele in München besonders aktuellen Vergleich fügte Bahr hinzu, der Unterschied läge freilich darin, daß bei der deutschen Version des Olympia-Streitiges "keiner den anderen auf die Schultern legen kann". So komme man in den Verhandlungen eben auch nur "zentimeterweise weiter".

Nach der soeben abgeschlossenen Bonner Runde werden die Verhandlungen Mitte September in Ostberlin fortgesetzt werden. Die Mahnung Bahrs, den Vorgang und die Entwicklung mit der aus dem Ernst der Lage gebotenen Geduld zu beobachten, kann nur nachdrücklich genug unterstrichen werden. Der wie immer emotionelle Ausbruch des CDU-Außenpolitikers Dr. Werner Marx MdB, von dem man nicht zu seinem Schaden, seit geraumer Zeit nichts gehört hatte, ist dem für jeden Bundesbürger gemeinsamen Anliegen nicht förderlich, zu von Bonn und Ostberlin gleichermaßen akzeptierbaren Formulierungen eines vernünftigen Inhalts zu kommen.

Mit aller Deutlichkeit muß hinzugefügt werden, daß der Versuch des CDU-Politikers Dr. Marx, der sozialliberalen Bundesregierung die Legitimation zu Verhandlungen mit der DDR zu bestreiten, weil Wahlen bevorstünden, als unnötlich zurückzuweisen ist. Die Bundesregierung Brandt/Scheel wird mit Zustimmung jedes verantwortungsbewußten Bundesbürgers gerade auch an diesem so wichtigen Abschnitt ihres Aufgabengebietes im drängenden Allgemeininteresse der Bundesrepublik ihre Pflicht tun. Ginge es nach dem politischen Sachverstand des immerhin einflußreichen CDU-Politikers, der trotzdem hoffentlich nicht für seine Partei gesprochen hat, dann müßte bis zum Wahltag der ganze Regierungsapparat auf "Halt" gestellt werden. Das kann eigentlich nicht einmal Herr Dr. Marx wollen. (cc/cc/1.9.1972/ks)

Gastarbeiter-Sendungen nicht einschränken!

Auch ausländische Mitbürger haben Recht auf Information

Seit November 1964 werden für ausländische Arbeitnehmer in der Bundesrepublik in den Dritten Programmen der Rundfunkanstalten der ARD Sendungen ausgestrahlt, die in erster Linie vom Bayerischen und Westdeutschen Rundfunk produziert werden. Sendungen, die zum festen Bestandteil der ARD-Rundfunkhäuser geworden sind und bei den ausländischen Mitbürgern ein überaus großes Echo gefunden haben. Überlegungen, diese Sendungen ersatzlos zu streichen, werden mehr oder weniger laut ausgesprochen. Begründung: Die Ausländer-Programme blockieren täglich mehrere Stunden bester Sendezeit, die effektiver genutzt werden könnte. Mit anderen Worten bedeutet diese Argumentation, daß Interessen einer Minderheit finanzpolitischen Überlegungen geopfert werden sollen.

Die Hörfunk-Programmdirektoren und -Intendanten der ARD-Sender werden sich noch in diesem Monat in Stuttgart und München mit den Fragen der Sendungen für ausländische Arbeitnehmer beschäftigen. Sie werden ein entscheidendes Wort darüber mitzureden haben, ob das in der bisherigen Form beste Service-Programm, das von hiesigen Institutionen den knapp drei Millionen ausländischen Mitbürgern geboten wird, einäscherungsreif ist, um anderen, mehr Gewinn versprechenden Sendungen Platz zu machen. In ihrem Ermessen und Verantwortungsbereich liegt es aber zugleich, unter Beweis zu stellen, daß auch ausländische Mitbürger in der Bundesrepublik ein Recht auf Information und Meinungsbildung haben.

Der von der CSU unterwanderte Bayerische Rundfunk (BR) hat

die Schrittmacherdienste zur Liquidierung der Ausländer-Programme übernommen. Zuständige Stellen beugten sich der Kritik Francos und der Athener Junta und sprachen in einem Erlaß die "Bitte" aus, in den Ausländer-Sendungen keine Kommentare mehr auszustrahlen. Kommentatoren hatten sich das Recht zur Wahrheit genommen und aufgezeigt, daß es in Griechenland und Spanien eben nicht so demokratisch und freiheitlich zugeht, wie es regimetreue Propagandisten gerne weismachen wollen.

Für Informationen, die nicht objektiv, sondern vielmehr von den Interessen der Regime in den Heimatstaaten geprägt sind, wäre die Sendezeit bei den BRD-Anstalten freilich wirklich zu wertvoll. Hierfür gilt es kommerzielle Sender, die gerne bereit sind, Regierungspropaganda auszustrahlen, ohne diese kritisch zu reflektieren. Der italienische Staatsrundfunk hat - wenn natürlich auch aus anderen Motiven - vorerzählt, wie man das macht. Er kaufte für teures Geld Sendezeiten bei Radio Luxemburg und wird dort ab 3. September eigene Sendungen für die in der Bundesrepublik lebenden Italiener anbieten. Das Beispiel Italiens könnte bald Schule machen. Die Regierungen in Griechenland und Spanien, in der Türkei und Portugal sollen nämlich bereits ähnliche Überlegungen angestellt haben.

Ein Grund mehr, die Ausländer-Programme beim WDR und BR nicht einzuschränken, sondern vielmehr auszubauen, denn in der Bundesrepublik haben auch die ausländischen Gäste ein Recht auf objektive Information und Meinungsbildung.

Gode Japs
(-/ex/1.9.1972/ks)

+ + +

21 Camping-Tage in Polen

Beobachtungen und Gespräche zwischen Krakau und Danzig

Von Wilhelm Drüscher MdL

SPD-Landesvorsitzender in Rheinland-Pfalz

Wir reisten im August 1972 mit zwei Familien im Wohnwagen durch Polen. In jenen Tagen sprachen polnische Politiker und Journalisten von einer "Pressekampagne gegen Polen" in der Bundesrepublik. Schnell war hier und drüben bei den "Offiziösen" von einer Abkühlung des deutsch-polnischen Frühlings die Rede. Könnte allein die Veröffentlichung des "Partisanenartikels" der "Welt" und die Kritik der "Frankfurter Allgemeinen" an den Verhandlungen über die Entschädigung von KZ-Schäden infolge medizinischer Versuche solche Verstimmung hervorrufen? Waren nicht auch Ungewißheit und Pessimismus über den Gang der Rot-Kreuz-Verhandlungen ein Motiv?

In Polen selbst vernahm man, je nach Intensität und Vertraulichkeit der Gespräche mehr Emotionales. Unterschwellig ist immer noch das subjektive Unbehagen so vieler spürbar, die ihre schrecklichen Erlebnisse der Vergangenheit nicht verdrängen wollen, vielleicht auch nicht können.

Beeindruckend aber sind: 1/ die breite Zustimmung, die der neue Parteichef Gierek auch bei Nichtkommunisten findet und die - vielleicht zu großen - Hoffnungen, die man auf seine Ansführung setzt; 2/ Die Anerkennung, die der jetzigen Bundesregierung, und die ganz persönliche Verehrung, die Bundeskanzler Willy Brandt ganz allgemein entgegengebracht werden; für sie ist sein Friedensnobelpreis die ehrlichste und verdienteste Sache der Welt; und 3/ die Hoffnung, die in Polen auf die Weiterentwicklung der Entspannungspolitik in Europa gesetzt wird; man erhofft sich von einer langfristigen Friedensregelung eine innere Liberalisierung, wobei kein politisch ernst zu nehmender Pole das Risiko eines erneuten "zwischen-die-Mühlsteine-der-Russen-und-Deutschen-garatens" in Kauf nehmen will.

Ansonsten fällt auf:

a/ Polen ist, zumindest soweit man das bei einer solchen Reise überblicken kann, nicht das, was im Westen als "Polizeistaat" bezeichnet wird. Wir sind während der ganzen Reise kein einziges Mal kontrolliert worden, obwohl sich in unserer unmittelbaren Nähe militärische Manöver abspielten und wir durch unberührte ländliche, dem normalen Tourismus ferne Gebiete reisten. In diesem Zusammenhang sei auch auf die positive Wirkung der Öffnung der Grenzen zwischen Polen und der DDR hingewiesen, die zu einer starken gegenseitigen Durchdringung mit Menschen und Waren führt.

b/ Die Landwirtschaft ist in Polen noch ein wachsender Wirt-

schaftszweig und blüht überwiegend in Klein- und Mittelbetrieben. Es gibt keine Pflichtablieferungen, die Betriebe sind weitgehend frei; die agrarische Revolution steht ihnen noch bevor, wenn die Arbeitskräfte auch in diesem Land knapper werden.

c/ In Polen gibt es Massen-Tourismus. Die Infrastruktur (Hotels, Restaurationen, sonstigen Anlagen) reicht trotz großer Investitionen kaum aus. Deshalb läßt man den Zustrom aus dem Westen nur langsam wachsen. Interessant ist die Neuanlage von vielen schönen Campingplätzen, die großes Interesse auch bei der westlichen Jugend und bei "reiferen" Campern finden werden. Die Straßen sind übrigens meist gut. Die Versorgung mit den lebensnotwendigen Waren durch staatliche Geschäfte ist eigentlich überall gesichert, so daß Polen mit einem Minimum an Investitionen sehr schnell weitere Devisen gewinnen könnte.

Der Warschauer Vertrag, dessen Abschluß nach Meinung der Polen erst die Öffnung der Tür bedeutet, muß mit Leben erfüllt werden. Mit der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen dürfte bei dem bevorstehenden Besuch des polnischen Außenministers zu rechnen sein. Damit werden viele praktische Fragen leichter anzugehen sein. Der polnische Wunsch auf eine Verstärkung der Handelsbeziehungen erscheint realisierbar.

Ein wichtiger Punkt wird dabei auch die praktischen Gespräche des DRK mit den Polen über die Aussiedlung sein. Es wäre unklug, die Erwartungen allzu hoch zu spannen. Für ältere Menschen dürften sich dabei weniger Schwierigkeiten ergeben, als für im Nachkriegspolen Aufgewachsene und Ausgebildete, insbesondere auch deshalb, weil hier wirtschaftliche Probleme durch die Zusammenballung in regionalen und örtlichen Bereichen auftreten. Denn nirgendwo sollen der Aussiedlung wegen Betriebe in Gefahr geraten.

Ich habe den Eindruck gewonnen, daß die Polen das, was im Informationspapier zum Vertrag niedergelegt ist, loyal zu erfüllen gedenken. Im Verhältnis zwischen Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen sollen die Weichen auf Verständigung und nicht auf Unerfüllbares gestellt werden. Man ist sehr feinfühlig und erwartet gerade von den Deutschen viel Verständnis für die eigenen Probleme. In diesem Zusammenhang muß man auch die Empfindsamkeit gegenüber Presseveröffentlichungen sehen. Gerade im Interesse der Menschen, denen geholfen werden soll, scheint es notwendig, hier an das Verantwortungsbewußtsein der Zeitungen bei uns zu appellieren. Da sollte man auch der Versuchung widerstehen, innerpolitisches Kapital aus Ressentiments ziehen zu wollen.

(-/ex/ee/1.9.1972/ks)